

An  
Energie Control Austria  
Rudolfsplatz 13A  
1010 Wien

Per E-Mail an:  
**marktregeln@e-control.at**

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen  
CF

DW  
38

Datum  
29.06.2016

**Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen zur  
Verordnung des Vorstands der E-Control mit der die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 geändert  
wird (GMMO-VO-Novelle 2016)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf der Novelle 2016 zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2012 und erlauben uns dazu folgende Anmerkungen:

**Aufteilung der Restlast neu (§ 2 Abs. 1 Z 14a (neu), § 27 Abs. 11 (neu) und § 37 Abs. 10 (neu)):**

Grundsätzlich sind die Überlegungen zu einer einheitlichen Vorgangsweise beim Clearing des Bilanzgruppenkoordinators nachvollziehbar. Damit sollen etwaige Benachteiligungen des „local players“ verhindert und die Abweichungen von tatsächlichem Verbrauchsverhalten und standardisierten Lastprofilen transparent und diskriminierungsfrei auf alle in einem Netzgebiet tätigen Versorger aufgeteilt werden. Allerdings sind die praktisch erzielbaren Ergebnisse aus den Erläuterungen nicht ersichtlich und ist zu befürchten, dass der Mehraufwand des Restlastverfahrens den möglichen Nutzen übersteigt.

So werden z.B. im Netzgebiet der Salzburg AG ca. 4% der Kunden fremdversorgt, womit im Restlastverfahren noch immer ca. 96% des Restes auf den Local Player entfallen (im Gegensatz zu derzeit 100%). Bei dieser geringfügigen Reduktion übersteigen der Mehraufwand und die Nachteile des Restlastverfahrens den möglichen Nutzen für den Local Player deutlich.

Die Branche hat sich daher in einem Gespräch am 28.1.2016 zwischen E-Control und dem Fachverband Gas Wärme mehrheitlich für den Verbleib der Wahlmöglichkeit der Verteilernetzbetreiber zwischen Bottom-Up und Top-Down Verfahren ausgesprochen

Wir ersuchen daher die Behörde, die Verbrauchsermittlung auf Basis des Top-Down Ansatzes (Differenzverfahren) gemäß der gültigen Marktregeln weiterhin zu ermöglichen und von einer generellen Umstellung auf das Restlastverfahren abzusehen.

Sollte dennoch das Restlastverfahren für alle Verteilernetzbetreiber in der GMM-VO verordnet werden, sind weitere Klarstellungen und eine längere Umstellungsfrist bis Mitte 2017 für die Verteilernetzbetreiber erforderlich, da eine Implementierung des neuen Berechnungsverfahrens in den entsprechenden Applikationen nötig ist und das neue Modell vor der Umstellung noch getestet werden muss.

§2. Abs.14a erklärt die Restlast nicht eindeutig bzw. unverständlich. In der Definition der Restlast finden unter anderem die Begriffe „Netzverlust“ und „Messdifferenz“ Eingang. In Kap 1 SoMaGa ist die Messdifferenz nach wie vor als *„Jene Menge, die aufgrund von Netzverluste und Messungenauigkeiten bei Zählern in einem Verteilernetz zwischen Einspeisung und Abgabe entsteht.“* definiert. Hier bedarf es einer entsprechenden Klarstellung bzw. Vereinheitlichung der Begriffsbestimmungen.

Zudem ist unklar, worauf sich die in § 27 Abs 11 vorgesehene „anteilige“ Berechnung bezieht und welcher Zeitraum (stündlich, täglich, monatlich,...) hierfür herangezogen werden soll.

**Erweiterung Merit Order List (MOL) (siehe § 20 Abs. 6 , § 27 Abs. 9, § 30 Abs. 1, § 31 Abs. 1, 2, 7, 7a, 8, 11 und 12 und § 39 Abs. 6):**

Während die Bestrebungen, die Liquidität für Regel- und Ausgleichsenergie zu erhöhen, prinzipiell begrüßenswert sind, stellt die vorgesehene verpflichtende Registrierung der großen Endkunden (derzeit über 50.000 kWh/h) - ohne Berücksichtigung der Frage, ob der Kunde faktisch überhaupt teilnehmen kann und/oder will - aus unserer Sicht einen unnötigen zusätzlichen administrativen Aufwand dar. Daher sollte auch für großen Endkunden bereits die Registrierung an sich freiwillig bleiben.

Wir ersuchen darum, § 20 Abs. 6 sowie § 39 Abs. 6 jeweils ersatzlos zu streichen. Zudem sollte der letzte Satz von § 30 Abs. 1 gestrichen werden, sodass die letztgenannte Bestimmung wie folgt lautet:

§ 30 (1): *“...Der Ausgleichsenergieanbieter hat dem Bilanzgruppenkoordinator mitzuteilen, an welchen Punkten er Ausgleichsenergie anbieten wird. ~~Für Endverbraucher mit einer vertraglich vereinbarten Höchstleistung von mehr als 50.000 kWh/h (Großabnehmer) ist die Registrierung als Ausgleichsenergieanbieter verpflichtend.~~“*

Die Option einer freiwilligen Registrierung zur Teilnahme an der Merit Order List wird für sinnvoll erachtet, sofern vorher Klarheit über Art und Inhalt der Registrierung besteht. Dazu sollten im Vorfeld Gespräche mit den Marktteilnehmern geführt werden.

Gemäß § 27 Abs. 9 wird eine Rangfolge für die Beschaffung physikalischer Ausgleichsenergie erweitert. Das angedachte neue Flexibilitätsprodukt ist dabei als letzte Option im Beschaffungsvorgang der phys. Ausgleichsenergie vorgesehen. Aus den Daten des Bilanzgruppenkoordinators ist ersichtlich, dass seit Einführung des neuen Gas-Marktmodells mit 1.1.2013 lediglich 2,6 % der gesamten physikalischen Ausgleichsenergiebeschaffung im Marktgebiet Ost über die Merit Order List erfolgte. Es wäre sinnvoll, den tatsächlichen Bedarf und die Ausgestaltung für ein Flexibilisierungsprodukt vor seiner Einführung zu erheben.

#### **Netzverlustfahrplan (§24 Abs.6):**

Die bisherige Formulierung hat sich nicht nur aus Sicht der Verteilnetzbetreiber bewährt und eine hohe Qualität der Clearingdaten gewährleistet. Eine zwingende tägliche Übermittlung von Netzverlustfahrpläne, wie von der Behörde angedacht, würde vor allem von kleineren Verteilnetzbetreiber einen erheblichen Mehraufwand abverlangen, dem kein erkennbarer Nutzen gegenübersteht. Der FGW spricht sich daher für die Beibehaltung der bisherigen Regelung aus.

#### **Einbindung Marktgebiet Liechtenstein:**

Die Einbindung des Marktgebiets Liechtenstein wird als weiteren Schritt in Richtung eines integrierten europäischen Energiemarkts begrüßt.

#### **Inkrafttreten (§ 47 Zif.11):**

Die im VO-Entwurf enthaltenen Änderungen bedeuten nicht nur einen erheblichen Mehraufwand für alle Marktteilnehmer, sondern es bedarf – aufgrund der Implementierung neuer Prozesse und einer erforderlichen Testphase - einer Vorlaufzeit von zumindest 6 Monaten ab Kundmachung der Verordnung.

Das vorgesehene Inkrafttreten der in § 47 Zif.11 der VO angeführten Bestimmungen mit 01.10.2016 sollte daher jedenfalls auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden (Übergangsfrist von 6 Monaten plus nachfolgender Monatserster).

**Im Detail:**

Zu § 31 Abs 2:

Aus Sicht des Verteilgebietsmanagers wäre es in Analogie zu § 12 Abs 2 Energielenkungsdaten-Verordnung sinnvoll, mindestens einmal jährlich Tests durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Flexibilitätsprodukte im Bedarfsfall auch operativ abgewickelt werden können.

Vorschlag zur Ergänzung:

„Die Ausgleichsenergieanbieter haben in Abstimmung mit dem Bilanzgruppenkoordinator und dem Verteilgebietsmanager mindestens einmal jährlich Testangebote verpflichtend abzuwickeln“

Zu §32. Abs.4 -Abrechnung der Gasmengen der besonderen Bilanzgruppe der Verteilernetze:

Die Berücksichtigung von Linepackmengen im Clearing ist erforderlich, da diese im Zuge des Restlastverfahrens ansonsten den Netzbenutzern gemäß §18 Abs. 5 und 7 verrechnet werden.

Die Berücksichtigung von Messdifferenzmengen im Clearing ist erforderlich, da diese ansonsten spätestens im 2.Clearing im Zuge des Restlastverfahrens den Netzbenutzern gemäß §18 Abs. 5 und 7 verrechnet werden.

Zu §32. Abs.6:

Die Weiterverrechnung der verbrauchsabhängigen Umlage auf Netzbenutzer gemäß §18 Abs. 5 und 7 sollte nur jene Ausgleichsenergiekosten beinhalten, die auf die Verwendung von Tagesbändern in der Bilanzierung zurückzuführen sind. Eine Ausdehnung dieser Umlage auf Netzpuffer- und Messdifferenzmengen entspricht nicht dem Grundsatz der Verursachergerechtigkeit.

Zu § 36:

Auf das Kapazitätsmanagement an Exit-Punkten des Marktgebietes Vorarlberg sollte auch Bezug genommen werden.

Zu § 37 Abs 3:

Aus Sicht der des Verteilgebietsmanagers ist es nicht ausreichend, dass in den Erläuterungen auf die Unmöglichkeit einer physikalischen Gaslieferung aus den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg in das vorgelagerte Marktgebiet „NetConnect Germany“ hingewiesen wird. Es sollte ein eindeutiges Verbot einer solchen Rücklieferung auf Bilanzgruppen-Ebene in der GMMO-VO verankert werden, um mögliche Missverständnisse auszuschließen.

Vorschlag zur Ergänzung:

*„Der Bilanzgruppenverantwortliche bewirkt die Übergabe der erforderlichen Gasmengen, die seiner Bilanzgruppe zur Versorgung der Kunden in den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg sowie für die Ausspeisung an Grenzkopplungspunkten zugeordnet sind, am Virtuellen Handelspunkt des angrenzenden vorgelagerten Marktgebietes im Umfang der Endverbraucherfahrpläne sowie der Fahrplananmeldungen für Grenzkopplungspunkte je Bilanzgruppe aus seinem korrespondierenden Bilanzkreis oder Subbilanzkonto in den Bilanzkreis des Bilanzgruppenkoordinators. Der Bilanzgruppenverantwortliche berücksichtigt dabei allfällige seiner Bilanzgruppe zugeordnete Einspeisungen an Grenzkopplungspunkten und stellt sicher, dass die Differenz zwischen den Einspeisungen an Grenzkopplungspunkten und der Summe aus den Gasmengen, die seiner Bilanzgruppe zur Versorgung der Kunden in den Marktgebieten Tirol und Vorarlberg sowie für die Ausspeisung an Grenzkopplungspunkten zugeordnet sind, zu keinem Zeitpunkt größer als 0 ist.“*

Anlage 1 – Netzzutritt/Netzzugang und Kapazitätserweiterung:

Die Aufzählung der Angaben, welche ein Antrag auf Netzzugang mindestens enthalten muss, sollte aus Sicht der Versorger um die Information ergänzt werden, ob ein Zählpunkt stunden- oder tagesbilanziert wird. In weiterer Folge sollte auch sichergestellt sein, dass dem Versorger diese Information auch zur Kenntnis gebracht wird.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Mag. Michael Mock

Geschäftsführer



Mag. Christina Fürnkranz

Referentin Bereich Gas